

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Mandy Eißing, Nicole Gohlke, Dr. Michael Arndt, Anne-Mieke Bremer, Maik Brückner, Katrin Fey, Kathrin Gebel, Christian Görke, Ates Gürpinar, Mareike Hermeier, Maren Kaminski, Ina Latendorf, Sonja Lemke, Stella Merendino, David Schliesing, Evelyn Schötz, Julia-Christina Stange, Donata Vogtschmidt, Sarah Vollath und der Fraktion Die Linke

Nutzung von Lebensmittelausgabestellen durch Seniorinnen und Senioren

In Deutschland steigt die Zahl älterer Menschen, die auf Unterstützung durch Lebensmittelausgabestellen wie Tafeln angewiesen sind. Nach Angaben von Tafel Deutschland e. V. liegt der Anteil der Rentnerinnen und Rentner unter den Tafelkundinnen und Tafelkunden derzeit bei 18 Prozent – fast jeder fünfte Tafelnutzende ist im Rentenalter (www.buergergeld.org/news/bitter-rentner-machen-18-der-tafelkunden-aus).

Parallel dazu verzeichnet Deutschland einen deutlichen Anstieg der Altersarmut: Im März 2025 bezogen 742 410 Rentnerinnen und Rentner Leistungen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII). Insgesamt bedeutet dies einen Zuwachs von rund 30 Prozent seit 2021 (<https://www.zdfheute.de/wirtschaft/altersarmut-rente-grundsicherung-anstieg-100.html?>).

Eine amtliche Statistik zur Nutzung von Lebensmittelausgabestellen nach Altersgruppen existiert bislang nicht. Vorhandene Erkenntnisse stammen vor allem aus Erhebungen zivilgesellschaftlicher Organisationen und Wohlfahrtsverbände. Aus Sicht der Fragestellenden darf die Sicherstellung einer ausreichenden und gesunden Ernährung nicht primär dem Ehrenamt, Wohlfahrtsverbänden und privaten Spenden überlassen werden. Die Versorgung mit Lebensmitteln ist Teil der staatlichen Daseinsvorsorge und muss insbesondere für ältere Menschen verlässlich, bedarfsgerecht und unabhängig von freiwilligen Hilfestrukturen gewährleistet sein.

Studien verschiedener Wohlfahrtsverbände und Forschungsinstitute weisen darauf hin, dass die Inanspruchnahme von Lebensmittelausgabestellen durch Seniorinnen und Senioren (Menschen ab 55 Jahren) eng mit Faktoren wie der Höhe der Alterseinkommen und der Wohnkostenbelastung zusammenhängt. Geringe Renten in Verbindung mit hohen Miet- und Energiekosten können die finanziellen Spielräume älterer Menschen für Ernährung erheblich einschränken (z. B. www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/img/Paritaetischer_Armutsbericht_2024.pdf).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung zur Zahl der Seniorinnen und Senioren vor, die seit 2015 Leistungen von Lebensmittelausgabestellen, Tafeln oder vergleichbaren Organisationen in Anspruch genom-

- men haben (bitte – soweit möglich – nach Jahren, Geschlecht, Bundesländern und Altersgruppen aufschlüsseln)?
2. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung zur Zahl der Seniorinnen und Senioren vor, die seit 2015 Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII in Anspruch genommen haben (bitte nach Jahren, Geschlecht, Bundesländern und Altersgruppen aufschlüsseln)?
 3. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung zur Zahl der Seniorinnen und Senioren vor, die in den Jahren von 2015 bis 2024 Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II; „Bürgergeld“ bzw. vormals Arbeitslosengeld II) bezogen haben (bitte – soweit möglich – nach Jahren, Geschlecht, Bundesländern und Altersgruppen aufschlüsseln)?
 4. Auf welche externen Datenquellen, Studien oder Berichte stützt sich die Bundesregierung bei ihrer Einschätzung der Nutzung solcher Angebote durch Seniorinnen und Senioren?
 5. Welche Entwicklungen bei der Inanspruchnahme dieser Angebote durch Seniorinnen und Senioren seit 2015 sind der Bundesregierung bekannt?
 6. Welche Gründe sieht die Bundesregierung für die verstärkte Nutzung von Lebensmittelausgabestellen, Suppenküchen oder vergleichbaren niedrigschwelligen Unterstützungsangeboten durch Seniorinnen und Senioren, und wie bewertet sie den Einfluss von Preissteigerungen bei Lebensmitteln und Energie?
 7. Welche regionalen Unterschiede in der Nutzung von Lebensmittelausgabestellen durch Seniorinnen und Senioren (z. B. Ost-West oder Stadt-Land) sind der Bundesregierung bekannt, und wie erklärt sie diese?
 8. Plant die Bundesregierung, künftig eine systematische, bundesweite Erhebung zur Nutzung von Lebensmittelausgabestellen nach Altersgruppen zu fördern oder selbst durchzuführen?
 9. In welchem Umfang unterstützt die Bundesregierung direkt oder indirekt Lebensmittelausgabestellen finanziell oder logistisch, und wie hat sich diese Unterstützung in den letzten zehn Jahren entwickelt?
 10. Wie koordiniert die Bundesregierung ihre Maßnahmen mit Ländern und Kommunen zur Sicherung der Ernährung von Seniorinnen und Senioren?
 11. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung zu den gesundheitlichen Folgen unzureichender Ernährung bei Seniorinnen und Senioren vor?
 12. Welche Einschätzung hat die Bundesregierung zur künftigen Entwicklung des Bedarfs an Lebensmittelausgabestellen für Seniorinnen und Senioren bis 2030?
 13. Welche alternativen staatlichen Unterstützungsformen (z. B. kostenfreie Mahlzeitenprogramme) prüft die Bundesregierung zur Sicherung der Ernährung älterer Menschen?
 14. Welche aktuellen oder geplanten politischen Maßnahmen verfolgt die Bundesregierung, um Altersarmut zu bekämpfen und die Ernährungssicherheit von Seniorinnen und Senioren sicherzustellen, und wie bewertet sie deren Wirksamkeit?

Berlin, den 1. Oktober 2025

Heidi Reichinnek, Sören Pellmann und Fraktion